

Friederike von Gross/André Weßel (Hrsg.)

Haltung zeigen, Gesellschaft gestalten

Mit Medienpädagogik für Demokratie und Menschenrechte

Friederike von Gross/André Weßel (Hrsg.)

Haltung zeigen, Gesellschaft gestalten

Mit Medienpädagogik für Demokratie und Menschenrechte

Beiträge aus Forschung und Praxis

Prämierte Medienprojekte

Friederike von Gross/André Weßel (Hrsg.)
Haltung zeigen, Gesellschaft gestalten
Mit Medienpädagogik für Demokratie und Menschenrechte
Kreativ und kritisch mit Hörmedien in der Medienpädagogik
Beiträge aus Forschung und Praxis – Prämierte Medienprojekte

Dieser Band wurde gefördert vom

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ)

Herausgeber

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (GMK)

Anschrift

GMK-Geschäftsstelle
Obernstr. 24 a
33602 Bielefeld
fon 0521/677 88
fax 0521/677 92
email gmk@medienpaed.de
homepage www.gmk-net.de

Redaktion

Dr. Friederike von Gross
André Weßel
Tanja Kalwar

Lektorat

Tanja Kalwar

Titelillustration

kopaed

Druck

Memminger MedienCentrum, Memmingen

© kopaed 2025
Arnulfstraße 205
80634 München
fon 089/688 900 98
fax 089/689 19 12
email info@kopaed.de
homepage www.kopaed.de

ISBN 978-3-96848-770-0

Andreas Büsch/Björn Friedrich/Friedhelm Lorig

Medienpädagogik zwischen KI und Kapitalismuskritik

Wie wir mit netzpolitischen Themen zur Stärkung von Demokratie beitragen

Die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen als Rahmenbedingungen medienpädagogischen Handelns

In Deutschland, wie in vielen anderen Staaten, ist ein deutliches Erstarren von nationalistischer Politik bis hin zum offenen Rechtsextremismus erkennbar. Misogynie, Fremdenfeindlichkeit und Hass im Netz nehmen spürbar zu. Unter dem Deckmantel der „freien Meinungsäußerung“ werden Faktenchecks eingestellt (Zuckerberg 2025) und die Bemühungen um eine angemessene Medienregulierung – auch im Sinne eines befähigenden erzieherischen Jugendmedienschutzes – als „Zensur“ (ebd.) desavouiert. Auch wenn der Kotau von Plattforminhabern wie Zuckerberg und Musk vor dem neuen und alten US-Präsidenten Donald Trump als politisches Manöver durchschaubar ist: Die Auswirkungen auf die Kommunikation im Netz, auf Meinungsbildung und demokratische Diskurskultur sind absehbar katastrophal.

Hat die Medienpädagogik also versagt, weil sie es nicht geschafft hat, „Kommunikation und Kompetenz“ (Baacke 1973) im Sinne der Habermas'schen Diskurstheorie zu vermitteln? Oder ist sie mehr denn je gefragt, einen Beitrag für die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten zu leisten? Und wenn letztere Frage bejaht wird: Worin genau besteht dieser Beitrag (Kapitel „Inwiefern trägt Medienpädagogik bzw. Medienbildung zur Stärkung von Demokratie bei?“) – auch mit Blick auf die notwendige Weiterführung netzpolitischer Diskurse (Kapitel „Netzpolitische Zuspitzung“)? Und schließlich: Welche praktischen Ansätze gibt es bereits, mit denen Medienpädagogik einen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft leistet (Kapitel „Antworten aus der medienpädagogischen Praxis“)?

Inwiefern trägt Medienpädagogik bzw. Medienbildung zur Stärkung von Demokratie bei?

Tatsächlich ist Medienpädagogik in modernen, wesentlich von Medien geprägten Gesellschaften nicht nur ein Teilbereich der Erziehungswissenschaften, sondern vielmehr „als Gesellschaftswissenschaft an die historische und aktuelle Entwicklung in allen Bereichen gebunden“ (Schorb 2011: 93). Daraus speist sich zum einen ein zentraler Ansatz von Medienpädagogik, der die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen von Medienproduktion und -rezeption hinterfragt (vgl. Büsch/Prinzing 2022: 187 f.; Niesyto 2018). Dazu hat spätestens der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung eine deutliche Fokussierung vorgenommen, der die Förderung demokratischer Bildung in den Fokus stellt und mit dem Begriff der „politischen Medienbildung“ eine „konsequente Verschränkung von politischer Bildung und kritischer Medienbildung“ empfiehlt (BMFSFJ 2020: 10).

Zum anderen ist die Befähigung zur gesellschaftlichen Partizipation eine wesentliche Zielkategorie der Förderung von Medienkompetenz als zentralem Begriff einer handlungs- und lebensweltorientierten Medienpädagogik. Allerdings darf diese Orientierung von Medienpädagogik an der Lebenswelt der Subjekte nicht subjektivistisch verabsolutiert werden. Denn die Freiheit zur Artikulation der jeweils eigenen Bedürfnisse und zur kritischen Positionierung ist ebenso Voraussetzung wie die Übernahme von Verantwortung im medienpraktischen Handeln.

Insofern stellen die oben skizzierten aktuellen problematischen Phänomene in den Kontexten digitaler Medien eine unmittelba-

re Herausforderung für die Medienpädagogik dar. Weil weder ein Ignorieren von Hass, gruppenbezogener Menschen- und Fremdenfeindlichkeit („Das geht schon wieder vorbei.“ bzw. „Das hat mit mir ja nichts zu tun.“) noch eine Affirmation entsprechender Narrative („Das wird man ja wohl noch sagen dürfen?“) eine Option sind, muss sich eine politische Medienbildung ihrer normativen Grundlagen vergewissern, um von diesen Standpunkten aus Narrative hinterfragen und Alternativen aufzeigen zu können. Mit anderen Worten: Medienpädagogik vermittelt wertorientierte Bildung!

Der konkrete Beitrag der Medienpädagogik zur Demokratieförderung findet dabei auf zwei Ebenen statt: Unmittelbar offensichtlich ist dies in den Inhalten medienpädagogischen Handelns, das auf den Medienumgang der jeweiligen Zielgruppe bezogen ist. Dazu gehören exemplarisch die Förderung bzw. Vermittlung von kritischer Kompetenz, die Anleitung zur kritischen Auseinandersetzung mit Inhalten und Formaten von Medien sowie die Vermittlung von Strategien der medialen Auseinandersetzung (Counterspeech, Memes etc.). Schließlich ist auch die Förderung digitaler Kompetenzen notwendig, insofern zahlreiche Phänomene der Digitalität, wie z.B. KI, nicht medial codiert sind (vgl. Cousseiran et al. 2023: 15).

Auf einer zweiten, mittelbaren Ebene trägt Medienpädagogik zur Stärkung der Demokratie bei, indem sie wie jegliche (allgemeine) Pädagogik auf Zielgruppen hin Bildung vermittelt, also zur Entwicklung sozialer Kompetenzen beisteuert, Selbstwirksamkeitserfahrungen und damit eine Stärkung von Persönlichkeit und Gemeinwohlorientierung sowie Empowerment ermöglicht. Insofern dabei zwangsläufig immer auch Werte wie Vielfalt und Toleranz vermittelt werden, trägt sie maßgeblich zur Förderung sozialen und politischen Engagements und zur Stärkung von Partizipation bei. Denn analog zum Beutelsbacher Konsens kann eine politische Medienbildung nicht neutral sein, sondern vermittelt unter Berücksichtigung der drei bekannten Prinzipien – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung – Grundwerte für ein de-

mokratisches Miteinander. Gerade durch das letztgenannte Prinzip wird deutlich, dass Medienpädagogik nicht nur auf einer Mikroebene der Subjekte nach deren notwendigen Kompetenzen und der nötigen Vermittlung fragt. Neben die Mesoebene der Befähigung zum interpersonalen Austausch tritt immer auch die Makroebene der Gesellschaft mit dem Ziel, Subjekte und Gruppen zur (medialen) Partizipation zu befähigen.

Konkrete Beispiele solcher medienpädagogischen Zugänge im Kontext von Digitalisierung und KI sind z.B. Projekte, die ein Bewusstsein schaffen über die fortschreitende Quantifizierung unserer Umwelt und Vermessung unserer Persönlichkeiten sowie unserer Aktivitäten, um sie durch Algorithmen verarbeitbar und durch KI interpretierbar machen zu können. Dazu gehören dann auch politische und ökonomische Hintergründe wie die Bestrebungen großer Plattformbetreiber und privatwirtschaftlicher Akteur*innen zur Deregulierung und Liberalisierung von Märkten. Oder auch Kenntnisse über Open-Source-Software, freie Tools sowie deren Einsatz in Bildungskontexten und im Alltag (vgl. Büsch 2024). Die Frage nach einer kapitalismuskritischen Nutzung digitaler Angebote (vgl. Friedrich 2024) lenkt den Blick unmittelbar auf netzpolitische Fragestellungen und deren medienpädagogische Implikationen.

Netzpolitische Zuspitzung

Während Meinungsfreiheit und die Möglichkeit, sich äußern zu dürfen, hohe Güter einer Demokratie sind, werden die Kanäle, auf denen Meinung geäußert werden kann, zunehmend dem gesellschaftlichen Zugriff entzogen. Die konkrete Notwendigkeit von frei verfügbaren Werkzeugen, die die digitale Souveränität ermöglichen, ist in der letzten Zeit deutlicher geworden, wie die technologischen Entwicklungen auf dem Feld der KI zeigen.

Mit dem plötzlichen Vorhandensein von generativen KI-Anwendungen mit einem niederschweligen und – zunächst – kostenlosen Zugang für alle, seien es Chat-Sprachmodelle oder Bildgeneratoren, wurde eine Welle der

Quantifizierung in bisher ungeahntem Ausmaß losgetreten. Die Anbieter der KI-Anwendungen erhielten und erhalten auf einen Schlag eine Unmenge an Daten, die sie zum Training ihrer Systeme benötigen. Bei der Funktionsweise von KI und der Weiterentwicklung zeigt sich schnell, dass KIs nicht nur hungrig nach Strom, sondern auch nach menschlicher Information sind, um sie zu erfassen und zu systematisieren, um damit neue Informationen vergleichen und somit „erkennen“ zu können (vgl. Schieb 2024). Diese Grundvoraussetzung ist somit nur für die Akteur*innen umsetzbar, die über die großen Datenbestände verfügen. Dabei fand die Entwicklung von Consumer-KI zuletzt komplett in privatwirtschaftlicher Hand statt. Zwar gibt es große Open-Source- und Public-Data-Bestände im Netz, jedoch hat die Privatwirtschaft diese in ihre Systeme mit eingebunden und zusammen mit den Daten ihrer Nutzer*innen einen Bestand geschaffen, der in ihrem ausschließlichen Besitz liegt. Gerade die Art der Verarbeitung, die Algorithmen und Programmcodes sind das Geschäftsgeheimnis weniger großer Akteur*innen. Transparenz, um zu erfahren, wie mit ihren Eingaben in den Systemen gearbeitet wird und wie sie die Ergebnisse zu bewerten haben, ist für die Nutzenden nicht gegeben. Eine daraus resultierende Verunsicherung im Hinblick darauf, nicht zu verstehen, wie die Systeme arbeiten, mag zwar vorhanden sein, der niederschwellige Zugang und die hohe Verbreitung lassen diese Bedenken bei den Anwender*innen und auch den pädagogischen Multiplikator*innen jedoch zunächst in den Hintergrund treten.

Nach den Wahlen in den USA im November 2024 zeigte sich schnell, wie die großen Tech-Unternehmer, von denen einige gleichzeitig die Betreiber der reichweitenstärksten Social-Media-Dienste und KI-Anwendungen sind, gemeinsam mit der Politik Möglichkeiten des effizienten und gewinnbringenden Einsatzes ihrer Systeme ausloteten. Hier stehen auch Übernahmen von anderen Unternehmen mit hohen Milliardensummen im Raum (vgl. Spiegelhauer 2025), was die Markt- und Meinungspluralität weiter einschränken wür-

de. Trotz des Labels „free speech“ praktizieren sie die Filterung unliebsamer Inhalte der Nutzer*innen (von Lindern/Zimmermann 2025). Auch sind Anzeichen von politischer Einflussnahme gegenüber anderen Staaten bereits erkennbar. Die jüngsten Einmischungen von Elon Musk in europäische Wahlkämpfe oder die Unterstützung bestimmter politischer Gruppierungen sind Beispiele für die Machtverschiebung von demokratisch legitimierten Regierungen hin zu kapitalistisch getriebenen Privatautoritäten (vgl. Steiner 2024). Europa sieht aktuell, wie tief IT-Infrastrukturen ausländischer Akteur*innen an seine Bevölkerung und somit in die Gesellschaften hineinreichen, und steht damit in der Gefahr, sowohl für wirtschaftliche als auch militärische Absichten unter Druck gesetzt zu werden (vgl. Kuketz 2025).

Es sind somit nicht der Staat und die Gesellschaft oder die Nutzer*innen, die auf diesem Themengebiet die Werte und Begriffe wie Rede- und Meinungsfreiheit definieren, sondern Individualakteure, durchweg *weiße* Männer, und z.T. Staaten mit stark abweichender geopolitischer Sichtweise. Die politische Beteiligung oder Beteiligung am gesellschaftlichen Diskurs auf den privatkommerziellen Plattformen findet in der derzeitigen Konstellation ohne Einwirkungsmaßnahmen, die auf demokratisch-parlamentarischen Prozessen basieren, statt. Die Betreiber ermuntern ihre Nutzer*innen mit dem Argument der „free speech“ sogar eher zu einem Scheindiskurs, um die Interaktion mit ihren Plattformen und deren Marktdurchdringung zu erhöhen. Fälschlicherweise wird dabei eine Regulierung von den kommerziellen Angeboten schnell als „Zensur“ diffamiert.

Diese Hintergründeinordnung sollte in die medienpädagogische Arbeit stärker einfließen, um die Akzeptanz und auch Anwendung von freien Werkzeugen und unabhängigen Diensten zu stärken. Die X-Alternative Bluesky verzeichnet nicht erst seit der Wahl von Donald Trump große Zuwächse. Auch die funktionsweise dezentraler Fediverse-Kanäle wie Mastodon kann hier ein gutes Praxisszenario sein, in dem sowohl Kinder und Jugendliche

als auch pädagogisch arbeitende Fachkräfte Kompetenzen erwerben können. Argumente für die kommerziellen Anwendungen der großen Anbieter*innen von der Seite der Pädagogik sind oft die stabile Funktionsweise, die Kenntnis der Bedienbarkeit aufgrund der hohen Verbreitung oder die bessere Qualität der produzierten Ergebnisse. Gerade diese Aspekte sollten beim Erlernen demokratischen Medieneinsatzes und demokratischer Mediengestaltung jedoch nicht im Vordergrund stehen. Nicht zuletzt die Bildungspolitik sitzt hier bei der Anschaffung von Lizenzen oder den Vorgaben für den Einsatz bestimmter Dienste und Tools an einem wichtigen Hebel.

Antworten aus der medienpädagogischen Praxis

Die medienpädagogische Praxis ist seit jeher damit beschäftigt, mediale Tools als kreativ einsetzbare Werkzeuge zu verwenden, um zugleich eine intellektuelle Reflexion zeitaktueller Entwicklungen anzuregen. So wurden in früheren Jahrzehnten Audio- und Videoprojekte realisiert, deren Ziele u.a. darin bestanden, die Dechiffrierung medial verbreiteter Angebote auf Basis der vermittelten Gestaltungs- und Produktionskenntnisse zu ermöglichen.

Dieses Grundprinzip lässt sich problemlos auf die heutigen Gegebenheiten übertragen: Die Ansätze der aktiven Medienarbeit spiegeln stets die aktuellen Entwicklungen in unserer digital geprägten Gesellschaft und greifen das individuelle Mediennutzungsverhalten in anonymisierter, selbstreflexiver Form auf. Projekte, die sich z.B. mit Aspekten wie Online-Selbstdarstellung in Social-Media-Portalen oder Webvideo-Angeboten beschäftigen, basieren auf dem Erfahrungswissen der Teilnehmenden, das diese eher unbewusst bzw. beiläufig einfließen lassen, um so in der Gruppe einen gemeinsamen Prozess zu durchlaufen und dabei neue Erfahrungen und Eindrücke zu sammeln.

Einen anderen Ansatz verfolgen politische Partizipationsmodelle, die medial basierte Tools und Ausdrucksformen als Werkzeuge einsetzen, um demokratiefördernd zu arbeiten. Diese

Tools können gleichzeitig auch Informations-, Kommunikations- und Diskursräume darstellen und dadurch selbst Gegenstand von Partizipationsprojekten werden (vgl. Aberl/Ring 2025). Die Verknüpfung von Medienbildung und politischer Bildung kann in Partizipationsprojekten also zum Zentrum des Projekts werden und gleichzeitig begleitende Prozesse anregen.

Derartige Arbeitsprinzipien sind vor dem Hintergrund der aktuellen politischen, ökonomischen und technologischen Entwicklungen wertvolle Ansätze, um die Teilnehmenden in die Lage zu versetzen, sich selbstwirksam zu erleben und sie zur Reflexion zu befähigen, was ohne diese externen Rahmenbedingungen nicht erfahrbar wäre. Zur Ausgestaltung dieser Rahmenbedingungen und zur Anregung entsprechender Prozesse gibt es verschiedene Optionen – stets in Abhängigkeit vom jeweiligen Setting, den zeitlichen und finanziellen Handlungsmöglichkeiten und der Haltung der durchführenden Personen.

Mögliche medienpädagogische Ansätze

Im Folgenden werden kurz einige Ideen und Anregungen skizziert, um netzpolitische Themen in der medienpädagogischen Praxis aufzugreifen.

- Die Förderung eines grundlegenden Verständnisses für unsere digitalisierte Welt: Unser Mediensystem ist überaus komplex, z.B. mit Blick auf den Unterschied zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Medien, zwischen Streaming-Diensten und Mediatheken, auf Altersfreigaben für Filme, Games und Onlineangebote. Zu vielen dieser Aspekte besteht enormer Aufklärungsbedarf.
- Die Vermittlung von Hintergrundwissen über Geschäftsmodelle: Warum ist die Quasi-Monopolstellung großer Webangebote nicht nur vorteilhaft, sondern durchaus problematisch? Warum sind die Prinzipien des Plattformkapitalismus (in den Händen von teils antidemokratischen, libertären Milliardären) gefährlich? Auch die Antworten auf diese Fragen sind vielen Nutzenden nicht bekannt.
- Die Erweiterung von kritisch-reflexiven Mediennutzungskompetenzen: Ergänzend zu den oben genannten Fragen gilt es, die

Menschen für die Herausforderungen der alltäglichen Mediennutzung zu sensibilisieren, beispielsweise für einen respektvollen Umgang miteinander, für unkritisches Liken und Teilen, das z.T. zur Verbreitung von Desinformation beitragen kann, sowie für das grundlegende Vertrauen in digitale Kanäle, die nicht per se vertrauenswürdig sind.

- Eine Anleitung zur Nutzung von Alternativen: In Praxisworkshops können Angebote vorgestellt und eingeführt werden, die abseits des Mainstreams eine geringere User*innenzahl erreichen. Angebote zu unkommerziellen Produkten (Open-Source-Software oder Social-Media-Angebote im Fediverse) können deren Bekanntheit und Verbreitung fördern.
- Die Verdeutlichung der Einsicht, dass einfache Antworten meist zu kurz gedacht sind: Bei der Rezeption von Medieninhalten und der Popularität einzelner Kanäle haben kurze, simple Erklärungsversuche sowie emotional berührende Inhalte einen deutlichen Vorsprung gegenüber komplexen, sachlichen Erläuterungen – am Zeitungskiosk wie im Social Web. Zur Wahrheit gehört jedoch, dass simple Erklärungen oft populistische Falschdarstellungen enthalten, was methodisch und didaktisch aufgegriffen und bearbeitet werden muss.
- Eine Ermunterung zu gesellschaftspolitischer Beteiligung und zivilgesellschaftlichem Engagement: Auch wenn dies scheinbar kein genuin medienpädagogischer Auftrag ist, bleibt die Befähigung zu digitaler Teilhabe, politischer Betätigung und gemeinnützigem Engagement ein Grundpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung. Auch und gerade mit Blick auf ein zeitgemäßes Verständnis von Medienkompetenz bzw. eine mündige, eigenverantwortliche Mediennutzung sowie die Befähigung zu einer kreativen Ausdrucksfähigkeit in digitalen Kanälen ist dieser Aspekt von enormer Bedeutung.
- Die Ermöglichung echter Partizipation in (kommunal-)politischen Beteiligungsprozessen: Kinder und Jugendliche müssen von

klein auf ein Verständnis für die Grundlagen unserer Demokratie entwickeln und erfahren, dass auch ihre Stimme Gehör findet. In partizipativen Projekten mit digitalen Beteiligungsräumen und dem begleitenden Einsatz weiterer Onlinetools kann dieser Ansatz hervorragend umgesetzt werden.

- Die Förderung der Zuversicht in Form von Utopien und Zukunftswerkstätten: Eine positive, optimistische Haltung sollte stets beibehalten werden, gerade in Zeiten übermächtig großer Herausforderungen. Angebote zur zukunftsgerichteten Suche nach guten Ideen und Lösungsansätzen sind Kreativformate zur Erarbeitung utopischer Gesellschaftsentwürfe (in Games, Videos o.Ä.) oder „Zukunftswerkstätten“, um neue Entwürfe einer lebenswerten Welt zu erarbeiten.

Wichtig ist, dass diese unterschiedlichen Ansätze nicht nur in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden, sondern ebenso in der Erwachsenenbildung, der Familienbildung, in Multiplikator*innen-Schulungen und im Bereich der Senior*innen-Medienbildung. Die angesprochenen Defizite existieren in allen Ziel- und Altersgruppen und sind daher auf vielfältige Weise zu adressieren.

Beispielhafte Projekte

Es gibt bereits zahlreiche Projekte, die sich im Bereich der politischen Medienbildung, der Demokratieförderung und/oder der Kapitalismuskritik bewegen. Eine Auswahl beispielhafter Ansätze (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) wird nachfolgend vorgestellt:

- Die *Zukunftswerkstatt Digitopia* war ein Modellprojekt des jfc Medienzentrums in Köln, das junge Menschen dazu einlud, an der Gestaltung der digitalen Zukunft zu partizipieren. Der klassische Ansatz der Zukunftswerkstatt wurde hier auf digitale Entwicklungen fokussiert, um gemeinsam nach Ideen für eine demokratische, nachhaltige und humane Zukunft zu suchen (jfc.info/zukunftswerkstatt-digitopia).
- Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die *Praxis-methode Soziale Medien – (Auch) Ein Wohl-*

fühlt der Zukunft. Hier werden Kinder und Jugendliche für einen reflektierten Umgang mit sozialen Medien sensibilisiert, um Visionen für soziale Medien als „Wohlfühlorte“ zu entwickeln. Die Methode ist auf dem Webportal von *toneshift – Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation* der GMK zu finden: hass-im-netz.gmk-net.de/bildung-praxis/praxismethode-utopie/

- In der *#future_fabric* des Servicebureau Jugendinformation aus Bremen wurde ebenfalls ein Blick in die digitale Zukunft geworfen und es entstanden zeitgemäße Bildungsformate an der Schnittstelle von Demokratiebildung und Medienpädagogik. Neben Themen wie Meinungsbildung, Hatespeech und KI/Deepfakes wurden z.B. auch Wahlen im digitalen Zeitalter bearbeitet. Weitere Details dazu gibt es bei futurefabric.de.
- Auch im Rahmen klassischer Schulworkshops können demokratiefördernde Ansätze und netzpolitische Themen vermittelt werden. Im Projekt *Du und das Internet* des SIN – Studio im Netz werden präventiv Themen wie Desinformation und Propaganda, Privatsphäre und Datenschutz sowie Plattformkapitalismus und Online-Geschäftsmodelle bearbeitet, siehe studioimnetz.de/formate/du-und-das-internet.
- Ein Projekt zur digital gestützten politischen Partizipation war das *Jugendprogramm zur Gestaltung der Münchner Innenstadt*, an dem das Medienzentrum München beteiligt war. Um die Bedürfnisse und Perspektiven junger Menschen in den Planungsprozess einfließen zu lassen, wurden deren Meinungen und Ideen in medienpädagogischen Kreativworkshops und Umfragen festgehalten. Die so entstandenen Grafikdesigns und Podcasts ließen die Ergebnisse in die Maßnahmenentwicklung einfließen (innenstadt.medienzentrum-muc.de).

Fazit

Ein kritisch-emanzipativer Ansatz war nach der Überwindung bewahrpädagogisch motivierter Interventionen immer schon ein fester

Bestandteil der Medienpädagogik, ebenso wie medienkritische Ansätze. Insofern diese nicht bei einer individualistischen Förderung von Kritikfähigkeit stehen bleiben, sondern in konkreten medienpädagogischen Projekten mit netzpolitischem Bezug Möglichkeiten der Partizipation aufzeigen und damit Selbstwirksamkeitserfahrungen jüngerer wie älterer Teilnehmender ermöglichen, leistet Medienpädagogik einen unverzichtbaren Beitrag zur Förderung von Demokratie und politischer Medienbildung. Dabei hat sie an der Schnittstelle zur kulturellen Bildung ästhetische Medien ebenso im Blick wie die aktuellen, sich mit rasanter Geschwindigkeit entwickelnden Herausforderungen, die unter den Chiffren Digitalität und KI verhandelt werden.

Autoren

Andreas Büsch: Theologe und Erziehungswissenschaftler; seit WS 2000/1 Professor für Medienpädagogik und Kommunikationswissenschaft im Fachbereich Soziale Arbeit an der Katholischen Hochschule Mainz und seit 2012 Leiter der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz an der KH Mainz.

Björn Friedrich: Medienpädagoge und Co-Geschäftsführer bei SIN – Studio im Netz, München; Studium Medienpädagogik, Politik- und Kommunikationswissenschaft (M.A.) an der Uni Augsburg; Sprecher der GMK-Fachgruppe Netzpolitik; Arbeitsschwerpunkte: Digitale Souveränität, Möglichkeiten der Online-Partizipation und politische Medienbildung.

Friedhelm Lorig: Referent für Bildung, Schule und Medienkompetenz beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheiten Rheinland-Pfalz; Medienwissenschaftler und Medienpädagoge mit den Themenschwerpunkten digitaler Wandel, Datenschutz und frühkindliche Medienbildung; Sprecher der GMK-Fachgruppe Netzpolitik.

Literatur

- Aberl, Daniel/Ring, Sebastian (2025): Demokratie will gelernt sein. Praxisnahe Tipps für (digitale) Partizipationsprojekte. In: merz – Zeitschrift für Medienpädagogik, 1/2025, 31-38.
- BMFSFJ (2020): 16. Kinder und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Abrufbar unter: www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238 [Stand: 01.03.2025].
- Büsch, Andreas (2024): Selbstbestimmt und verantwortlich arbeiten und kommunizieren. Zur Bedeutung von freien Tools in Bildungskontexten und darüber hinaus. In: Dander, Valentin/Grünberger, Nina/Niesyto, Horst/Pohlmann, Horst (Hrsg.): Bildung und digitaler Kapitalismus. München: kopaed, 319-330.
- Büsch, Andreas/Prinzing, Marlis (2022): Wissen, was (nicht) geht. „Digitale Kompetenzen“ als unverzichtbare Grundlage von Diskurs- und Streitkultur. In: Gürtler, Christian/Prinzing, Marlis/Zeilinger, Thomas (Hrsg.): Streitkulturen. Medienethische Perspektiven auf gesellschaftliche Diskurse. Baden-Baden: Nomos, 183-197.
- Cousseran, Laura/Lauber, Achim/Herrmann, Simon/Brüggen, Niels (2023): Kompass: Künstliche Intelligenz und Kompetenz 2023. Einstellungen, Handeln und Kompetenzentwicklung im Kontext von KI. Herausgegeben vom JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis. München: kopaed. Abrufbar unter: <https://zenodo.org/records/10058588> [Stand: 01.03.2025].
- Friedrich, Björn (2024): free your web! Medienpädagogische Angebote für ein freies Internet. In: Dander, Valentin/Grünberger, Nina/Niesyto, Horst/Pohlmann, Horst (Hrsg.): Bildung und digitaler Kapitalismus. München: kopaed, 257-266.
- Kuketz, Mike (2025): #UnplugTrump: Was dem Internet jetzt droht und was die Chance ist. Abrufbar unter: www.kuketz-blog.de/unplugtrump-was-dem-internet-jetzt-droht-und-was-die-chance-ist/ [Stand: 01.03.2025].
- Von Lindern, Jacob/Zimmermann, Konstantin (2025): Suche nach Trump-kritischen Hashtags offenbar zeitweise blockiert. Abrufbar unter: www.zeit.de/digital/internet/2025-01/meta-hashtags-demo-kraten-instagram [Stand: 01.03.2025].
- Niesyto, Horst (2018): Medienkritik – Entwicklungslinien und aktuelle Herausforderungen. In: Ders./Moser, Heinz (Hrsg.): Medienkritik im digitalen Zeitalter. München: kopaed, 59-75.
- Schieb, Jörg (2024): Meta will KI-Modelle mit Nutzerdaten trainieren – was jetzt zu tun ist. Abrufbar unter: www1.wdr.de/nachrichten/meta-ai-widerspruchsrecht-100.html [Stand: 01.03.2025].
- Schorb, Bernd (2011): Zur Theorie der Medienpädagogik. In: Medienpädagogik, Heft 20 (14.09.2011), 81-94. DOI: <http://dx.doi.org/10.21240/mpaed/20/2011.09.14.X> [Stand: 01.03.2025].
- Spiegelhauer, Reinhard (2025): Musk will OpenAI kaufen – und erntet Spott. Abrufbar unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/musk-openai-104.html [Stand: 01.03.2025].
- Steiner, Falk (2024): Verdacht der Wahlmanipulation: EU-Verfahren gegen Tiktok. Abrufbar unter: www.heise.de/news/Verdacht-der-Wahlmanipulation-EU-Verfahren-gegen-Tiktok-10203431.html [Stand: 01.03.2025].
- Zuckerberg, Mark (2025): www.facebook.com/zuck/videos/1525382954801931 [Stand: 01.03.2025].

Lizenz

Der Artikel steht unter der Creative Commons Lizenz **CC BY-SA 4.0**. Die Namen der Urheber sollen bei einer Weiterverwendung genannt werden. Wird das Material mit anderen Materialien zu etwas Neuem verbunden oder verschmolzen, sodass das ursprüngliche Material nicht mehr als solches erkennbar ist und die unterschiedlichen Materialien nicht mehr voneinander zu trennen sind, muss die bearbeitete Fassung bzw. das neue Werk unter derselben Lizenz wie das Original stehen. Details zur Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>.

Einzelbeiträge werden unter www.gmk-net.de/publikationen/artikel veröffentlicht.